

EU Customs & Trade News | EU | Zollgesetz und Zollverfahren, übergreifend

Aussetzung der autonomen Zollsätze für Waren, die ausschließlich für die Verwendung in Luftfahrzeugen bestimmt sind

Liste der betroffenen Waren sowie Liste der gleichwertigen Freigabebescheinigungen.

15.10.2018

Bonn (GTAI) – Für bestimmte Teile, Braugruppen und andere Waren, die in zivile Luftfahrzeuge eingebaut oder hierfür verwendet werden, sind die autonomen Zollsätze bei der Einfuhr in die Europäische Union gemäß Verordnung (EU) 2018/581 ausgesetzt, sofern sie mit einer Luftfahrtauglichkeitsbescheinigung eingeführt werden. Sie gilt auch für Waren, die zur Instandsetzung oder Instandhaltung eingeführt werden. Die Verordnung (EU) 2018/581 ist am 19.4.2018 in Kraft getreten (siehe unsere Meldung vom [19.4.2018](#)).

Die EU-Kommission hat jetzt eine Liste der Waren (mit Angabe der Positionen, Unterpositionen und Codes der Kombinierten Nomenklatur), für die eine Zollausssetzung gemäß Artikel 1 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2018/581 gewährt wird sowie die Liste der in Artikel 2 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2018/581 genannten Bescheinigungen, die als der Freigabebescheinigung (EASA-Formblatt 1) gleichwertig gelten, veröffentlicht.

Quelle:

Verordnung (EU) 2018/581 des Rates vom 16. April 2018 zur zeitweiligen Aussetzung der autonomen Zollsätze des Gemeinsamen Zolltarifs für bestimmte Waren, die zum Einbau in oder zur Verwendung für Luftfahrzeuge bestimmt sind, und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1147/2002; ABl. L 98 vom 18. April 2018, S. 1.

Mehr zu:

EU
Zollgesetz und Zollverfahren, übergreifend
Zoll

Kontakt

Stefanie Eich

Zollexpertin

 +49 228 24 993 344

 [Ihre Frage an uns](#)

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

AUSSETZUNG DER AUTONOMEN ZOLLSÄTZE FÜR WAREN, DIE AUSSCHLIESSLICH FÜR DIE VERWENDUNG IN LUFTFAHRZEUGEN BESTIMMT SIND

© 2021 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.